



Stellungnahme

des Sozialverbands VdK Deutschland e.V.

zum Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung des Aussetzungs-
und Vorlagebeschlusses des Sozialgerichts Gotha vom
02. August 2016 (S 15 AS 5157/14), Verfahren zur
verfassungsrechtlichen Prüfung
am Bundesverfassungsgericht
(1 BvL 7/16)

Sozialverband VdK Deutschland e.V.
Bundesrechtsabteilung
Breitscheidstr. 49
34119 Kassel
Telefon: 0561-3105660
Telefax: 0561-3105665
E-Mail: bundesrechtsabteilung@vdk.de

Kassel, den 13.03.2017

I. Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gemäß Artikel 1 Abs. 1 GG i.V.m. Artikel 20 Abs. 1 GG

Nach ständiger Rechtsprechung des erkennenden Senats sichert das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Abs. 1 GG i.V.m. mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Abs. 1 GG jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind, wobei dieses Grundrecht aus Artikel 1 Abs. 1 GG als Gewährleistungsrecht in seiner Verbindung mit Artikel 20 Abs. 1 GG neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Artikel 1 Abs. 1 GG auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung hat (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09, 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11, 1 BvL 10/12, 1 BvL 12/12 und 1 BvR 1691/13).

Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ergebe sich aus Artikel 1 Abs. 1 GG i.V.m. Artikel 20 Abs. 1 GG. Artikel 1 Abs. 1 GG begründe diesen Anspruch, das Sozialstaatsgebot des Artikel 20 Abs. 1 GG wiederum erteile dem Gesetzgeber den Auftrag jedem ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern, wobei dem Gesetzgeber ein Gestaltungsspielraum bei den unausweichlichen Wertungen zukomme, die mit der Bestimmung der Höhe des Existenzminimums verbunden seien. Dieses Grundrecht aus Artikel 1 Abs. 1 GG habe als Gewährleistungsrecht in seiner Verbindung mit Artikel 20 Abs. 1 GG neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Artikel 1 Abs. 1 GG auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung. Es sei dem Grunde nach unverfügbar und müsse eingelöst werden, bedürfe aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten habe.

Artikel 1 Abs. 1 GG erkläre die Würde des Menschen für unantastbar und verpflichte alle staatliche Gewalt, sie zu achten und zu schützen. Als Grundrecht sei die Norm nicht nur Abwehrrecht gegen Angriffe des Staates, der Staat müsse die Menschenwürde auch positiv schützen.

Wenn einem Menschen die zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins notwendigen materiellen Mittel fehlten, weil er sie weder aus seiner Erwerbstätigkeit,

noch aus eigenem Vermögen noch durch Zuwendungen Dritter erhalten könne, sei der Staat im Rahmen seines Auftrages zum Schutz der Menschenwürde und in Ausfüllung seines sozialstaatlichen Gestaltungsauftrages verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die materiellen Voraussetzungen dafür dem Hilfebedürftigen zur Verfügung stünden. Dieser objektiven Verpflichtung aus Artikel 1 Abs. 1 GG korrespondiere ein Leistungsanspruch des Grundrechtsträgers, da das Grundrecht die Würde jedes individuellen Menschen schütze und sie in solchen Notlagen nur durch materielle Unterstützung gesichert werden könne.

Der unmittelbar verfassungsrechtliche Leistungsanspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums erstreckte sich nur auf diejenigen Mittel, die zur Aufrechterhaltung eines menschenwürdigen Daseins unbedingt erforderlich seien, er gewährleiste das gesamte Existenzminimum durch eine einheitliche grundrechtliche Garantie, die sowohl die physische Existenz des Menschen, also Nahrung, Kleidung, Hausrat, Unterkunft, Heizung, Hygiene und Gesundheit als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und zu einem Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben umfasse, denn der Mensch als Person existiere notwendig in sozialen Bezügen (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09 und 1 BvL 4/09).

II. Einschränkung des Leistungsrechts durch Sanktionen

Nach dem Vorgesagten führen Sanktionen gemäß § 31a SGB II denotwendig dazu, dass das vom Gesetzgeber festgelegte Existenzminimum für den Zeitraum der Sanktion unterschritten wird.

Der erkennende Senat hat festgestellt, dass die Normen des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes ausweislich der Stellungnahme der Bundesregierung in diesem Verfahren die einzig verfügbare, durch den Gesetzgeber vorgenommene und angesichts seines Gestaltungsspielraums wertende Bestimmung der Höhe von Leistungen zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums sei (1 BvL 10/10).

Zudem müsse der gesetzliche Leistungsanspruch so ausgestaltet sein, dass er stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf jedes individuellen Grundrechtsträgers decke (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09).

Im vorliegenden Falle hat der Gesetzgeber jedoch gerade nicht geregelt, dass dem Bedürftigen das soziokulturelle Existenzminimum zur Verfügung steht.

Hieran ändert auch der Hinweis auf die Gewährung einer etwaigen Sachleistung nichts. So stellte bereits 2009 A. Ames in einer Befragung fest, dass einer Sanktionierung dem Einkommensausfall durch eine Reduktion ihrer Ausgaben begegnet wurde. Die Verschuldung sei gestiegen, weniger und schlechtere Lebensmittel gekauft worden, auch hätten die Betroffenen weniger am gesellschaftlichen Leben teilgenommen (Anne Ames 2009, Ursachen und Auswirkungen von Sanktionen nach § 31 SGB II, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf). Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeits- und Berufsforschung berichten ebenfalls von teils eingeschränkter Ernährung, teils Zahlungsrückständen verbunden mit Sperrung der Energieversorgung und bei einigen Totalsanktionierten der Verlust ihrer Wohnungen (IAB-Kurzbericht 5/2017, S. 7).

Der wissenschaftliche Dienst berichtet, teils hätten Rechnungen oder die Miete nicht bezahlt werden können, man habe sich deshalb auch stärker aus dem sozialen Leben zurückgezogen. Weiterhin seien Einsparungen beim Lebensmittelkauf genannt, der notwendige Verzicht auf Arztbesuche und Medikamente sowie der Verzicht auf Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel (Dokumentation Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag WD 6-3000-004/17, S. 5).

Da gerade Teilhabebedarfe nicht mit Sachleistungen regelmäßig abgedeckt werden können, stellen Sanktionen nach den §§ 31 ff SGB II regelmäßig einen Eingriff in das Grundrecht aus Artikel 1 Abs. 1 GG i.V.m. Artikel 20 Abs. 1 GG dar, welches zur Unterdeckung des soziokulturellen Existenzminimums führt.

Im Falle sanktionierter Arbeitslosengeld II Empfängern gewährleistet der Gesetzgeber derzeit nicht, dass ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben möglich ist, zudem kann es zu einer Gefährdung der physischen Existenz kommen.

Wenn der Gesetzgeber seiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Bestimmung des Existenzminimums aber, wie vorliegend, nicht hinreichend nachkommt, ist das einfache Recht im Umfang seiner defizitären Gestaltung verfassungswidrig (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09).